

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.95 und
0.95 Vierteljährlich, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Andersgabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 65.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 17. März 1933.

15. Jahrgang.

Das will ich mir schreiben in Herz und Sinn,
Daß ich nicht für mich auf der Erde bin;
Daß ich die Liebe, von der ich lebe,
Liebend an andere weitergebe.

Tholuck.

Der Anbruch des Dritten Reichs?

Am 4. März: Auch der größte Skeptiker wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß in dieser gewaltigen Volksbewegung mehr liegt als flüchtige Begeisterung des Augenblicks. Ist das wirklich der Ausbruch der Nation? Ich habe in der Vorkriegszeit gesehen, wie das Volk sich in hohe patriotische Stimmungen hineinzubringen wußte, wenn z. B. der Kaiser hier zur Kieler Woche weilte und die Vertreter der Völker ihm huldigten. Aber mit diesem Surrapatriotismus, der schnell aufblühte und ebenso schnell wieder verlosch, hat das nichts zu tun, was diese Massen, die vorüberfluten, beseelt. Stärker erinnert werde ich schon an die ersten Tage der Mobilisierung, und wie herzlich froh würden wir sein, wenn wieder wie in jenem unvergeßlichen August ein Wille das ganze Volk durchdringen würde; aber jäh zerreißen diese Stimmungen vor der Härte der Tatsachen, die gegeben sind. Schneidend zerreißen die Flintenwürfe die Illusion und zeigen an, daß ein ganz großer Teil des Volkes abseits steht und sich mißhandelt glaubt.

Der neue Geist kommt aus dem Ahnen und Sehnen der Menschenbrut. Ich horche in die Massenversammlungen, ob ich diesen Ton hören kann. Ich vernehme ihn nicht im Geschrei der Straßen und Gassen und auch nicht in dem Toben der Presse. Doch leise zwar, aber vernehmlich höre ich ihn in der bangen Frage der Menschen: Wer sagt mir die Wahrheit? Was ist Wahrheit und wo ist sie? In der Stille ist ein tiefes Verlangen nach Echtheit, nach deutschem Wesen und deutschem Menschentum erwacht. Ein heftiger Jörn vermag eine Nation aufzurütteln, die gerechte Anklage schlägt nieder und baut wieder auf, aber seit Jahren haben wir nun Tag um Tag wildes Schimpfen gehört; kein Wunder, wenn das Volk endlich Ruhe und Wahrheit haben will.

Das wird dem Menschen, der beobachtend im Leben steht und die Verbindung mit dem werktätigen Volk aufrecht erhält, immer deutlicher, daß zu keiner Zeit, soweit wir zurückblicken können, die Menschen in dem Maße bereit waren, sittlich-religiösen Problemen nachzusinnen, wie heute. Jetzt ist für die Kirche die Zeit gekommen, aus sich herauszugehen, die Massen zu erfassen und wieder zu sich hineinzuziehen. Aber auch im öffentlichen und politischen Leben ist die Aufgabe erkannt. Es gilt, das Deutsche im Einzelmenschen und in der Gemeinschaft der Nation zu vollenden, Freiheit und Bindung, Persönlichkeit und Nation zu vereinen. Schlägt das Pendel aber nicht wieder einmal viel zu weit und nun nach der Seite der freien Selbstbestimmung für die Kulturschäden unserer Zeit, die aus undeutschem Wesen geboren sind, verantwortlich zu machen. Das Recht des Individuums wird sehr in Zweifel gezogen. Ist die Freiheit nur die Ausgeburt einer überhitzten politischen Phantasie, erzeugt im Gehirn des Toren — o, Schiller, was für einen Uninn hättest du gesprochen! —, die in dem Verfluch ihrer praktischen Ausgestaltung nur Unheil angerichtet hat? Wir erleben, wie an die Stelle der Selbstbestimmung der Befehl, an die der Selbstverantwortung der blinde Gehorham tritt, wie nicht mehr die Gewissensgebundenheit des einzelnen die Norm für das Handeln ist, sondern die Verpflichtung gegen die Klasse, die Institution, die Partei und gegen den Diktator. Vergessen wir es nicht, daß wir ein Erbe des verflochtenen Jahrhunderts zu bewahren haben, das auch aus deutschem Geist geboren ist: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit eines Christenmenschen, Lehr- und Forschungsfreiheit, der Geist der freien Einzel-Personlichkeit, Menschenwürde, Menschenadel und deutscher Idealismus. Klagen wir uns aber an, daß wir in den vergangenen Jahren diese heiligsten Güter so wenig gepflegt haben! Wo blieb der Stolz des freien Mannes bei seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit? Ist die bürokratische Abfertigung der Arbeitslosen etwa ein Mittel, das Persönlichkeitsbewußtsein zu heben? Haben wir die zarten Kindesseele genügend vor dem Schmutz einer verderblichen Literatur bewahrt? Wer hat uns vor den Lügen der Presse geschützt? Wenn wir auf diese Fragen mit Scham antworten müssen, dann sollten wir uns doch hüten, einzelne Teile des Volkes verantwortlich zu machen. Wir sind alle schuldig, alle mitschuldig und haben es alle nötig, am Schicksal des Volkes mitzutragen.

Am 6. März: Die Wahlschlacht ist geschlagen. Ein Druck ist von uns genommen. Die Regierung Hitler wird es nicht nötig haben, gegen die Mehrheit des Volkes zu regieren. Sie wird in Ruhe an ihre Arbeit, die sie sich vorgenommen hat, hingehen können, ohne von einem auffälligen Kabinett bedroht zu sein. Eine feltame Entwicklung haben wir in der Tat an uns vorübergehen lassen. Die politischen Parteien, die heute in der Opposition stehen, haben von 14 Jahren den demokratischen Staat geschaffen im Widerspruch zu den Gruppen, die heute die Macht in Händen haben. Sie sind mit eben dem Mittel geschlagen worden, das sie sich geschaffen hatten, nachdem sie in ihrem Streben, an der Macht zu bleiben, ihr eigenes Werk verleugnet und eine Art der Diktatur ausgeübt hatten. In dem Augenblick wurden ihre politischen Gegner die Beschützer der Verfassung, und mit verfassungsmäßigen Mitteln haben sie jetzt den Sieg errungen.

Werden wir uns der Lage recht bewußt. Noch niemals ist im Reiche Bismarcks, selbst zu den Zeiten des Reichskanzlers nicht, die Reichsgewalt so überragend gewesen, wie in diesem Augenblick. Noch vor wenigen Wochen wagten die süddeutschen Regierungen auf die Mainlinie hinzuweisen, heute sind sie nur noch soweit existenzberechtigt, als sie von der Reichsregierung geduldet werden. Niemals waren die Verhältnisse einer durchgreifenden Reichsreform so günstig wie in diesem Augenblick. Die Sturmgewalten sind die Zeiten des Wachstums für den Baum. Ist für den Baum des deutschen Staates vielleicht die Zeit gekommen, wo er im politischen Unwetter seiner Vollendung entgegenwächst? Denn schon taucht die Frage des größeren Deutschlands wieder auf. Wir erkennen, wie das Reich heute stärker als je einen kraftbegabten Steuermann braucht, der das Schiff sicher durch die Brandung führt. Möchte der große Volksführer sich nun auch als großer Staatsmann erweisen, möchte es ihm vor allen Dingen gelingen, den großen Teil des Volkes, der ihm heute noch feindlich gegenübersteht, für sich und seine Aufgabe zu gewinnen.

Sicher hätte der Reichskanzler die Angriffe auf die Marxisten etwas maßvoller halten können. Das Volk wird kaum ein Verständnis dafür aufbringen, daß z. B. die Schuld der SPD so über alle Massen größer gewesen sein soll als die des Zentrums oder der anderen Parteien, die während der letzten vierzehn Jahre mit in der Regierung gesessen haben. Schlimm ist es aber, daß die Anklagen, die Herr Hitler sicher nur auf die Führer gemünzt wissen wollte und wahrscheinlich auch nur als Wahlmittel angesehen hat, nun von vielen seiner Parteiangehörigen benutzt werden, den Mitbürger, der in den vergangenen Jahren der SPD angehört hat, nun als Lump und sittlich minderwertigen Menschen hinzustellen. Möchte der Fall, von dem ich heute morgen Zeuge wurde, der mich bis ins Innerste erschüttert hat, zu den Ausnahmen gehören. In verletzender und überheblicher Weise mußte der Anhänger der NSDAP dem Kollegen von der SPD ins Gesicht schleudern: „Was wollen Sie eigentlich noch hier? Für Sie ist hier jetzt kein Platz mehr.“ Nein, so ist es nicht. Nicht alle Menschen, die der SPD angehören, sind minderwertige Volksgenossen, die man ohne weiteres beschimpfen darf. Wie traurig wäre es um das deutsche Volk bestellt, wenn jeder dritte Deutsche ein Lump wäre. Mancher Beamte ist zur SPD übergetreten, um etwas zu werden, aber die meisten dieser gesinnungsstüchtigen Menschen haben im letzten Jahr ihr wahres Herz gefunden und sind nun da, wo sie eigentlich hingehörten. Mir scheint, daß die NSDAP in dieser Beziehung nicht vorsichtig genug gewesen ist. Aber es gibt auch eine ganze Reihe von Beamten, die ihrer staatsbürgerlichen Pflicht durch den Beitritt zur SPD am gewissenhaftesten nachzukommen glaubten. Ich habe immer Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie geführt, aber es ist mir nie eingefallen, das einzelne Mitglied der Partei als sittlich minderwertig anzusehen.

Hier noch ein Wort zu der Behauptung, es sei in den letzten vierzehn Jahren auf keinem Gebiet etwas geleistet worden. Gründungsneunzig Prozent der deutschen Lehrerschaft sind der Ueberzeugung, daß in diesen Jahren die deutsche Schule mehr vorwärtsgekommen ist als in 90 vorhergehenden Jahren. Wir haben die Schule aufbauen dürfen auf dem evangelischen Grunde Lutherischer Gewissensgebundenheit, und wir haben den Geist der Pestalozzischen Menschenfreundlichkeit und Liebe in sie einführen können, ohne in irgendeiner Weise daran gehindert zu werden. Wenn es wahr ist, daß die Menschheit alle hunert Jahre nur einen Schritt vorwärts macht und darum auch die Schule, dann dürfte auf diesem Gebiete die Zielfestlegung des 20. Jahrhunderts erfolgt sein. Das dritte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts reißt sich würdig den Jahren 1817 bis 1832 an, in denen die neuhumanistische

Richtung durch den Minister W. von Humboldt in die preußischen Volksschulen getragen wurde.

Die letzte Wahl zum Reichstag ist zweifellos von ganz erheblicher Bedeutung für die Fortentwicklung des nationalen Gedankens, aber die Entscheidung, die hier aufgeworfen ist, bedeutet nicht das Problem unserer Zeit. Die Fragestellung heißt nicht: Nationalsozialismus oder Sozialdemokratie? sondern: Was soll werden, nachdem der Kapitalismus immer mehr erweist, daß er der Wirtschaftsentwicklung nicht mehr gerecht zu werden vermag, und der Versuch einer sozialistischen Planwirtschaft im Bolschewismus mit derselben Gewißheit ergeben hat, daß der Marxismus nicht als Wirtschaftsordnung an die Stelle des Kapitalismus gesetzt werden kann. Hier muß die Lösung gefunden werden, und Reichskanzler Hitler wird bald erkennen müssen, daß das Urteil über seine Arbeit letzten Endes von seiner Beteiligung an dieser Weltarbeit abhängig sein wird. Die Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird nur möglich sein unter Einfügung der geistigen Kräfte, die aus der Tiefe des Volksstums aufsteigen. Hitler ist diesem selben Grunde entsprossen, das läßt uns hoffen, daß er offene Augen und Ohren dafür haben wird, auf die Wege zu achten, die gegangen werden müssen. Möchte er in seiner hohen Stellung ein Kind des Volkes bleiben, dann wird ihm die Lösung der Aufgabe, die ihm das Schicksal vielleicht doch gestellt hat, am sichersten gelingen.

S. Bagts, Kiel.

Brief aus Baden.

Gewiß haben unsere Leser Kenntnis von den verschiedenen Erdbeben, die in den vergangenen Wochen, teils weniger heftig, das Badische Rheintal und seine Ausläufer erschütterten. In Rastatt hat dieses „Badenbeben“ seine stärkste Auswirkung erlangt, hat der dortigen Schloßkirche großen Schaden und den Kaminmauern in der Stadt viel Neuarbeit gebracht. Die Gelehrten erzählten uns in diesen Tagen von dem noch immer nicht zur Ruhe gekommenen Rheintal und seiner Seitentäler, allein man kam darüber doch wieder selber zur Ruhe.

Sind doch seitdem ganz andere Beben, nicht zwar tektonischer, sondern politischer Art über uns herein- gebrochen, über Deutschland als Ganzes und über seine Länder. Und diese Beben sind noch nicht beendet. Die Reichstagswahlen des 5. März brachten ja auch über Baden eine völlig neue politische Lage. Wer vorher noch je daran gezweifelt haben sollte, wurde sehr schnell eines Besseren belehrt. Von dem auch hier ungeheuren Anschwelen der Nationalsozialisten auf 627276 Stimmen (Novemb. 1932: 404524) braucht man bloß durch Bekanntgabe dieser Ziffern zu reden und man hat hier eigentlich alles gesagt. Sie senden statt bisher 7 nunmehr 10 Abgeordnete nach Berlin. Seltener war schon, daß die Sozialdemokraten mit 164965 Stimmen doch noch über 10500 neue Stimmen aufbringen konnten. Ihre Sitze im Reichstag blieben aber auf 2 stehen. Gewonnen aber hat in Baden auch das Zentrum. Freilich bloß einen Reichstagsitz, nunmehr 6 gegen bisher 5, bei gegen 21000 neuen Stimmen. Auf die Höhe vom 31. 7. 32. konnte das Zentrum allerdings nicht mehr gelangen. Dazu hätte es weitere 18700 Stimmen aufbringen müssen und diese sind in Baden für das Zentrum nicht mehr aufzuholen. Seine bisherigen Stimmen von 47400 überholt hat und auf 50887 Stimmen gestiegen ist die Kampffront „Schwarz-Weiß-Rot“, darf man als Vergleichsziffer die Deutschnationalen Stimmen zugrunde legen. Allein mehr als einen bisherigen Sitz konnte nicht erlangt werden und auch diesen nur durch freundschaftliche Hilfe Württembergs. Alles andere ging leer aus, u. a. die Deutsche Volkspartei, die von 23574 auf 14389 Stimmen herabstürzte und nicht einmal mehr die Stimmstärke vom 31. 7. 32. (14990) innehielt. Der Volksdienst mit seinen genau 18500 Stimmen blieb gleichfalls hinter seinen beiden früheren Höhen zurück, die Staatspartei mit 20616 ebenso. Von den drei ganz kleinen Gruppen, Deutsche Bauernpartei, Bauern und Weingärtner und Soz. Kampfgemeinschaft kann man schweigen. Sie sind z. T. überhaupt nur wegen der Listenverbindung mit Württemberg in der Erscheinung getreten, und keine brachte es auch nur auf 1000 Wähler. Die R. P. D. aber, die auch leer ausgehen muß, weil ihre Abgeordneten nicht mehr zum Reichstag zugelassen sind, hätte ihren immerhin noch 134722 Wählern entsprechend noch zwei (bisher ebenfalls) Abgeordnete stellen dürfen. Sie hat aber trotzdem 34415 Stimmen abgenommen.

Kein Wunder ist es, daß auch in Baden diese Zahlen sich entsprechend politisch auswirken mußten. Zunächst wurden überall, wie auch sonst im Reiche, die Siegfrieden aufgeboten. Das ging meist ohne bedeutende Zwischenfälle ab. Weitergreifender waren aber auch in

Baden die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung zwecks Neuwahlen der Regierung. Hier machte die Badische Regierung nicht ganz unberechtigte Hinweise auf schwierige Rechtsfragen, die in den Verfassungsverhältnissen eben vorliegen. Man sprach auch von dem einen Ausweg bietenden aber sehr langwierigen Volksbegehren, wogegen von nationalsozialistischer Seite mit noch mehr Recht gesagt werden konnte, der 5. März sei Volksbegehren genug! Umso richtiger, weil ohnehin im November dieses Jahres für Regierung und Landtag die Amtszeit abgelaufen wäre. Dieser „gordische Knoten“ wurde aber einfach durchschlagen durch das Eingreifen Berlins und die Ernennung des bisherigen Gauführers Robert Wagner, eines geborenen Badeners und einstigen Offiziers, zum Reichskommissar. Als solcher übernahm er zunächst die Badische Polizei in eigene Hände, ernannte an Stelle zwangsweise zurückgetretener Polizeibeamter neue Polizeiführer, darunter als Polizeipräsidenten in der Landeshauptstadt den aus dem Ulmer Reichwehrprozeß bekannten noch nicht 30 Jahre alten einstigen Reichswehroffizier und S. A. Oberführer Lüdow u. a. m. Die bisherige Regierung konnte sich infolgedessen auch nicht mehr halten und trat zurück. Ob ihre Verwahrung an den Herrn Reichspräsidenten und ihr Anrufen des Staatsgerichtshofes noch irgendwelche praktische Bedeutung haben wird, ist mehr als zweifelhaft! Anguerkennen bleibt auf alle Fälle nicht nur die Fähigkeit ihrer neuen Nachfolger im Erreichen der nun einmal gesteckten Ziele und vor allem, Ruhe und Ordnung in geradezu wunderbarem Ausmaß gewahrt und an den Tag gelegt zu haben. Man denke, es waren mitunter rd. 40.000 begeisterte Menschen zusammengekommen und ebenso reibungslos wieder auseinander geführt worden. Freilich nach dem unüberbietbaren Zeugnis deutscher Organisationskunst, das jener Fackelzug vom 30. Januar bot, ist eine entsprechende „Provinz“-Veranstaltung kein Kunststück mehr. „S. A. marschier!“

Was ist all diesen, übrigens durchaus noch nicht abgeschlossenen Vorgängen gegenüber noch berichtenswert? Dinge, die nicht mit der politischen Neugestaltung zusammenhängen, auch wenn sie an sich zu berichten nicht unwichtig wären, tragen alle den fahlen Glanz des Vorgestrigen, auch wenn sie erst gestern geschehen sind. Vielleicht aber geben solche letzte Bilder aus dem „Zwischenreich“ aber doch die Ausgangspunkte an, wo das nunmehr werdende Dritte Reich mit seiner nicht nur politischen, sondern auch sittlichen Erneuerung einzufügen hat. Und hier wäre denn doch nicht wenig zu sagen. Da kommt uns eine z. B. Zusammenstellung über den Geburtenrückgang in Baden vor Augen. Darinnen werden auch die Folgen des Zweikindersystems mit geradezu grausamer Offenheit dargestellt. Für den damit schon länger vertrauten gewiß keine Neuigkeiten. Und doch! So stark haben wir uns den Krebschaden des Geburtenrückgangs mit dem Volksrückgang wahrlich nicht vorgestellt! Vor 25 Jahren waren Mütter mit mehr als zwei Kindern noch überwiegend vorhanden, schon 1931 aber überwogen die Mütter mit bloß zwei Kindern jene mit mehr als genau 7832, also fast 8000, wobei in diesem Jahr 1931 ohnehin die Geburten von 45405 des Jahres 1930 auf 41699 also um 8,2 v. H. sanken! Ferner: Fünf und mehr Kinder hatten im Jahre 1907 noch gegen 22810 Mütter, im Jahre 1931 nur noch 7180! Muß man erst Mathematiker und Zahlenfachmann sein, um zu wissen, was das alles für unser Volk bedeutet, geht dieser Strom weiter? Und muß man erst noch lange fragen, was das für unsere Evangelische Kirche bedeutet, fernermal am Geburtenrückgang die evangelischen mehr beteiligt sind als die katholischen Einwohner Badens? Ein geringer Trost ist es nur, daß hin-

schl. der unehelichen Geburten Baden mit 11,6% um 0,5% unter dem Reichsdurchschnitt steht und seit etwa 100 Jahren um 2,3 abgenommen hat. Oder ein Anderes: Im E. A. Akademikerverband zu Karlsruhe, einem Glied unserer so rührigen Badischen Akademikervereinigung, sprach kürzlich Prof. Dr. Veininger über Vererbungslehre. Daraus nur einen einzigen Satz: „Das Wichtigste wäre für die Zukunft eine Unterstützung der kinderreichen Familien, soweit sie erbgut und die Kinder haben.“ Und vielleicht dürfen wir auch noch anführen, nicht nur unser Herr Kirchenpräsident Dr. Burth hat in der Aussprache anhand von Beispielen der Mennoniten und anderer den Einfluß religiöser Gesinnung in der Frage der Kinderzahl betont, sondern auch ein Richter, ein Landgerichtsrat, hat über die Wirkungslosigkeit derjenigen Gesetze wertvolle Ausführungen gemacht, die in Zeiten des Niedergangs zur Kräftigung und Förderung der Ehen und des Familienlebens erlassen wurden! Hier muß also die neue Zeit nicht minder als anderweitig ihre neuverwandten Kräfte einsetzen, ein altes „System“ auszuräumen, ein System freilich, das nicht erst in den letzten 14 Jahren sein Verderbenswerk an unserm Volk übte!

Und schon dürfen wir einen Anfang mit Freuden feststellen. Zur sexuellen Belehrung in den Schulen werden neuen Richtlinien ausgegeben, zu deren Festlegung die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene eine Anzahl Erzieher, Theologen und Ärzte zusammengerufen hatte. Darnach soll nun die Belehrung in den Schulen sich erst auf die Sekundarstufe und entsprechenden Klassenalter in anderen Schulen (Hochschulen) erstrecken, die Gegenstände mindestens so sehr von ethischen Grundbegriffen getragen sein, wie von der biologischen Seite. Arzt — und bei Schülerinnen die Ärztin — sollen diesen auf nur einmalig zwei Stunden im Schuljahr vorgesehenen und nur auf kleine Gruppen im Klassenverband zu erteilenden Unterricht geben. Diese einstimmig angenommenen Gesichtspunkte wollen gewiß nicht die Arbeit des Elternhauses ausschalten oder gar ersetzen, zumal dieser Unterricht ohnehin im Zusammenhang mit allgemein-hygienischen Fragen erfolgen soll, also ein Stück Schulerziehung sein will.

Schließlich begrüßen wir als einen verheißungsvollen Anfang der Volksgesundheit und Volksgesamtführung oder Volksbildung im wahren Sinne das nunmehr wenigstens für unsere Badische Landeshauptstadt Karlsruhe durchgeführte und im nächsten Monat schon beginnende Werkjahrjahr für Abiturienten und Abiturientinnen. Es ist auf die Freiwilligkeit aufgebaut und muß daher erst zeigen, ob diese Freiwilligkeit den nicht breit genug zu wünschenden Unterbau schaffen kann oder doch von einer Pflichtgrundlage auszugehen hat. Jedenfalls soll jetzt allen jungen Menschen beiderlei Geschlechtes, die bereit sind, auch die Möglichkeit gegeben werden, unbeschadet ihrer späteren Berufslaufbahn und unabhängig ihrer Vermögenslage für die Dauer eines halben Jahres am Freiwilligen Arbeitsdienst und den sich ihm anschließenden Geländesport und andern Übungen teilzunehmen. Gewiß sind das alles Menschenversuche. Sie können aber und sie werden zum Heile unseres Volkes führen, gibt Gott seinen Segen dazu!

Überführung beschlagnahmter Fahnen

München, 16. März.

Die alten Standarten und Fahnen der S. A., die 1923 in München beschlagnahmt worden waren, wurden in feierlichem Zuge abgeholt und an der Feldherrnhalle vorbei nach dem Braunen Haus gebracht.

wo früher die Hunnen, dann die Avarn wohnten, und hatte von dort aus in wimmelnden Reiterhorden seine Einfälle in Italien, Frankenland und Sachsen verübt. Wer vermochte ihrer unheimlichen Kampfesweise zu widerstehen. Auf flinken Pferden jagten sie in Massen heran, überhüllten alles mit einem Hagel von Pfeilen, bogen wieder aus, umzingelten den Feind, stürmten wieder vor und rissen alles nieder. Machtlos war dagegen der deutsche Held, im Einzelkampf geübt. Kaum daß er zum kraftvollen Streiche kam, war er getroffen und von allen Seiten umschwärmt. So ging der Schrecken vor ihnen her. Flammen und Rauchwolken bezeichneten ihren Weg. Waren die Hunnen widerstanden, von denen die Väter mit Grausen erzählten? Bei St. Gallen hatten sie wenige Jahre zuvor eine Schlacht geschlagen. Wer ein anschauliches Bild davon gewinnen will, muß das viergeheute Kapitel in Scheffels „Eikehard“ lesen, wo mit einiger Phantasie der tapfere Kampf der Mönche von St. Gallen und Reichenau geschildert wird. Vesteit aber wurden die deutschen Lande durch die Sachsenkaiser Heinrich den Finkler und Otto den Großen. Und das war zugleich ein Entscheidungskampf zwischen Christen und Heiden.

Wer hätte nicht schon nach Vogls Gedicht und Löwes Vertonung das fröhliche Finklerlied gehört oder gesungen: „Derr Heinrich sitzt am Bogelherd recht froh und wohlgemut, aus tausend Berken blüht und blinkt der Morgen-sonne Glut.“ Auch in einem anderen bekannten Liede, „Das Erkennen“, haben der Wiener Kaufmannsohn und der Stettiner Kantor, der sein Herz in der Orgel befeigen ließ, zusammengewirkt: „Ein Wanderbursch mit dem Stab in der Hand“. Hier aber, im Bogelherde, haben sie den ganzen Jubel der deutschen Nation in Sang und Klang gefaßt, daß Deutschland endlich wider Belsche und Dänen, Slaven und Ungarn ein starkes einiges Haupt und starkes Schwert gefunden. Ed. Heyck schildert ihn mit kräftigem Strich: „Heinrich war ein großgewachsener Mann mit mächtigem Körper, von ganz niederdeutschem Wesen und gelassener Würde, ausgerüstet mit der großen Kunst, ohne viel Aufsehen kräftig zu regieren.“ „Alle

Hoheitszeichen der Wehrmacht

Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Kokarde, Änderung der Reichskriegsflagge.

Berlin, 16. März.

Der Herr Reichspräsident hat mit Gegenzeichnung des Reichsministers und des Reichswehrministers für die Wehrmacht eine Änderung der Hoheitszeichen verordnet: Nach dieser Verordnung ist die Reichskriegsflagge wie bisher schwarz-weiß-rot mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte unter Wegfall der schwarz-rot-goldenen Ede.

Die Größe der Kriegsschiffe ist die neue Reichskriegsflagge in entsprechend kleineren Abmessungen.

Die Flagge des Reichswehrministers ist die neue Reichskriegsflagge mit weiß-schwarzer Umrandung.

Die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, soweit sie von Behörden der Wehrmacht geführt wird, ist die Reichskriegsflagge, jedoch im weißen Streifen mit dem Reichsadler an Stelle des Eisernen Kreuzes.

Der Herr Reichspräsident hat ferner verordnet, daß die Wehrmacht an der Dienstmähe im Eiselaubtranz die Reichskokarde in den Farben schwarz-weiß-rot und an der Feldmähe nur die Reichskokarde zu tragen hat. Am Stahlhelm wird an der Stelle des bisherigen landmannschaftlichen Abzeichens das gleiche Schild in den Farben schwarz-weiß-rot getragen.

Erlaß des Reichspräsidenten

Der Herr Reichspräsident hat dazu folgenden Erlaß an die Wehrmacht gerichtet:

„An die Wehrmacht!“

Durch meine Verordnungen über die Änderung der Reichskriegsflagge und über die Wiedereinführung der alten schwarz-weiß-roten Kokarde habe ich der inneren Verbundenheit der deutschen Wehrmacht mit den wiedererstarnten nationalen Kräften des deutschen Volkes auch einen sichtbaren Ausdruck gegeben.

Die deutsche Reichswehr hat, trotz aller äußeren Gefahren, durch schwere Nachkriegsjahre dem deutschen Volk den Wehrgehalt erhalten. Mögen diese äußeren Zeichen innerer Verbundenheit dem ganzen Volke stets vor Augen führen, daß eine bessere Zukunft nicht ohne den Willen zur Verteidigung der Heimat errungen werden kann. Im Dienste der alten Soldateneigenschaften, getragen vom einheitlichen Willen des Volkes soll die Wehrmacht auch künftighin Sinnbild und Stolz der Nation bleiben.

Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg.

Der Reichswehrminister
gez. von Blomberg.

Kriegsbeschädigten-Rundgebung

Berlin, 16. März.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat eine Rundgebung an seine Mitglieder herausgegeben, in der es heißt:

„Mit der Wahl vom 5. März hat die Mehrheit des deutschen Volkes sich zu einer neuen Staatsführung bekannt, die damit auf verfassungsmäßigem Wege vom Volk in aller Form bestätigt worden ist. Diesen verfassungsmäßigen Willen des Volkes haben auch wir als Kriegsopter zu achten. Auf dem Boden strenger Verfassungsmäßigkeit und politischer Neutralität wollen wir für das Wohl unserer Mitglieder und der Gesamtheit der deutschen Kriegsopter tätig sein.“

Wir glauben an die Einlösung des Wortes, nach dem der Kriegsbeschädigte der erste Bürger im Staate sein soll. Wir glauben an die wahre Bedeutung des am 12. März unter stärkster amtlicher Betonung begangenen Volkstrauertages: eine gute Verjüngung für die hinterbliebenen unserer gefallenen Kameraden zu schaffen. Unserem Vaterland und unserem Volk, denen wir im Krieg die größten Opfer gebracht haben, bleiben wir immer verbunden.“

Schriftsteller zeichnen ihn als eine hohe, urkräftige deutsche Gestalt, als den mutigsten und gewandtesten Meister der Waffe im Krieg oder auf der Jagd, auf der er oft vierzig und mehr Stück Wild erlegte, in jeder ritterlichen Übung Lehrer seines Volkes und Schrecken seines Gegners; dabei einfach im Leben, freundlich im Wort, heiter beim Wahl, rasch zur Tat, bescheiden im Glück und unerschrocken im Unglück. Eines solchen Mannes bedurfte es, um aus den Trümmern der karolingischen Monarchie ein neues Deutsches Reich zu schaffen. Und gewiß, schöpferische Tatkraft ist ihm nicht abzuspochen. Ein von innen und außen gerütteltes Reich schuf er zu einem soliden und kompakten Staate, machte seine Sachsen zum Kern desselben; er warf den Schwerpunkt mehr in den Norden, wo noch die ungeschwächte deutsche Kraft vorwaltete. Der sterbende König Konrad selbst hatte seinen Gegner im Felde, den mächtigen Sachsenherzog zum Nachfolger empfohlen; eine wahrhaft hochherzige Tat, für die ihm Deutschland dankbarer sein muß als für alle übrigen Taten seiner kurzen Regierung. Und Konrads Bruder, Eberhard von Franken, überbrachte des Reiches Krone, statt sie an sich zu reißen, dem Finkler und ward ihm fortan Helfer und Freund. Noch zeigen die Quedlinburger den Finklerherd, an den sich die Sage vom Empfang der Königsbotschaft beim Bogelstellen knüpft, und es ist noch nicht lange her, daß man dort in der Schloßkirche neben Heinrichs Grab in der Krypta die Bethkapelle entdeckte, in der seine Witwe ihn beehrte. Es war Mathilde, die westfälische Gräfin, von der ihr Biograph schon bald nach ihrem Tode rühmt, sie sei, aus dem Geschlechte Herzog Wittekinds entsprossen, eine echte deutsche Frauengestalt, „schön von Angesicht, lieblich in ihrer Rindlichkeit, werktätig, sitfam, demutsvoll und, zumal bei solcher Jugend, durch Günst der himmlischen Gnade so hoher Lobspürche wert, daß nichts darüber ging.“ Seine erste Gattin Hathburg hatte Heinrich entlassen, weil sie, schon früh verlobt, nach ihres ersten Gatten Tode den Schleier genommen hatte und diese neue Ehe von der Kirche nicht anerkannt wurde. So wird berichtet. Aber der König mußte

Die Ungarnschlacht vor 1000 Jahren.

(Zum 15. März 1933.)

Wie hat der Weltkrieg die Dinge gewandelt! Im Jahre 1683 lagen die Türken, der größte Feind der abendländischen Christenheit vor Wien, und zur 250. Wiederkehr jener schweren und siegreichen Tage will sich dort der Deutsche Katholikentag versammeln, hat sogar Vertreter Bolens dazu eingeladen, während er die tapfere Hilfe der Brandenburger wider die Türken vergessen zu haben scheint: heute danken wir den Türken für ruhmreiche Waffenhilfe bei Bagdad und den Dardanellen, und haben mit Staunen beobachtet, wie sich als erstes das kleine, gewordene Türkenvolk, durch den Frieden von Sevres in engste Grenzen gedrängt, mit zäher Kraft und ungebeugtem Mut aus der Niederlage wieder erhob. Nicht anders ist es mit dem Königreich Ungarn ergangen. Im Weltkrieg schon voller Achtung vor diesem trefflichen Bundesgenossen, sehen wir das tapfere Volk im unentwegten Widerspruch gegen die grausame Verstümmelung seines Staates durch den Vertrag zu Trianon, hören nun doppelt gern seine Musik und Lieder — und vor 1000 Jahren war, wie 200 Jahre früher von Westen die Araber, so dieses wilde Volk der Ungarn von Osten her die allerstärkste Gefahr für das christliche Mitteleuropa. „Wiederum durchzogen die Ungarn“, so erzählt in lateinischer Sprache Widukind, der gelehrte Mönch von Corvey, „ganz Sachsen, stekten Städte und Dörfer in Brand und richteten allorten ein solches Blutbad an, daß durch sie eine vollständige Verödung drohte.“ Und nicht anders hören wir die „hellstönende Stimme von Sandersheim“, die berühmte Dichterin Rhosmitha, in ihren „Taten Heinrichs I.“ die verheerenden Beutezüge der Magyaren schildern.

Im Jahre 1895 haben die Ungarn „mit großem Pomp das tausendjährige Bestehen ihres Reiches gefeiert. In der Tat, kaum ein Menschenalter vor Kaiser Heinrichs siegreicher Ungarnschlacht war dieser tartarisch-mongolische(hunnisch-altaiische) Nomadenstamm unter dem Großfürsten Arpad in die Tieflande der Donau eingedrungen,

Die in
Präsidenten
erfahren. 2
Präsident
Parlament
herige Wize
Sigung des
Präsidenten
jedoch die r
natrates du
standekomme

Am 2
40 Arminia
Journalisten
ordnen, si
demokratis
Abperrung
nele die S
Standpunkt
mittelle, d
jamen Ver
schloß er d
Sigung au

Vor d
menge ange
vor dem Ho
nung war
lichen Gebä
wurde in 2

Die T
Republikan
zialdemokra
streits geple
Polizei und
ler Heimat
men. Um 4
und ist in
zug vom Ge
tiert werde
Im Di
mstundgeb
während de
Stimmen g

Kompfansa

— Wie
der NSDA
Heimatfeste
veröffentlic
teilt wird,
fassungswi
gierung die
gegenzutre
maischutz f
tionen der
deutschen
gigkeit bri
reich auf 12
In eine
preßstelle
gar nicht d
des Starke
tigen Regi

sich sonst v
nung und
warf später
Ungarnschl
wehte, so r
sen, der K
Und do
doch loben
ob seiner 2
Schwert v
römische W
migkeit, u
kav Adolfs
deutschen
ken auch L
Bagnen, d
Reich, ger
Waffenge
gen und i
dem Einfä
hischen“ R
gegründet,
zen einge
Sinne des
der Gesam
Seerführer
hohes Pan
Stamm na
sechsjährig
mollenden
Bismarck
wart deut
rich darau
schwärme
einen vor
wegen sein
vierzehnjä

Wehrmacht

h-rote Kofarde, Schlage. Berlin, 16. März. Gegenzeichnung des Ministers für die Wehrmacht: Nach dem Kriege soll die Wehrmacht in der neuen Reichsflagge wieder einen Kreuz in der Mitte haben.

Die innerpolitische Lage in Österreich hat durch die Präsidentschaft im Nationalrat eine bedenkliche Zuspitzung erfahren. Vor einigen Tagen war bekanntlich das gesamte Präsidium des Nationalrats zurückgetreten, wodurch das Parlament arbeitsunfähig wurde. Daraufhin hat der bisherige Vizepräsident des Nationalrats, Straßner, eine neue Sitzung des Parlaments einberufen, um eine Neuwahl des Präsidiums zu ermöglichen. Das Kabinett Dollfuß tritt jedoch die rechtliche Zuständigkeit der Einberufung des Nationalrates durch Straßner und wies die Polizei an, das Zustandekommen der Sitzung zu verhindern.

Am Mittwochnachmittag wurde der Sitzungssaal von 40 Kriminalbeamten abgeperrt und den Abgeordneten und Journalisten der Zutritt verweigert. Ein Drittel der Abgeordneten, sieben Großdeutsche und etwa 60 bis 70 Sozialdemokraten, hatten sich jedoch bereits vor der polizeilichen Absperrung im Sitzungssaal eingefunden. Straßner eröffnete die Sitzung mit einer Erklärung, in der er seinen Standpunkt als vollkommen verfassungsgemäß darlegte und mitteilte, daß er den Staatsgerichtshof wegen der gewalttätigen Verhinderung der Sitzung anrufen werde. Hierauf schloß er die Sitzung und kündigte an, daß er die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einberufen werde.

Vor dem Parlament hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die mit großer Erregung die Vorgänge vor dem Hause beobachtete. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war ein großes Polizeiaufgebot eingeleitet. Alle öffentlichen Gebäude wurden von Doppelposten bewacht. Militär wurde in Bereitschaft gehalten.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Sturmzeichen über Wien

Polizeimaßnahmen gegen den Nationalrat — Protest des Rumpf-Parlaments
Tiroler Heimwehr als Hilfspolizei

Wien, 16. März.

Die innerpolitische Lage in Österreich hat durch die Präsidentschaft im Nationalrat eine bedenkliche Zuspitzung erfahren. Vor einigen Tagen war bekanntlich das gesamte Präsidium des Nationalrats zurückgetreten, wodurch das Parlament arbeitsunfähig wurde. Daraufhin hat der bisherige Vizepräsident des Nationalrats, Straßner, eine neue Sitzung des Parlaments einberufen, um eine Neuwahl des Präsidiums zu ermöglichen. Das Kabinett Dollfuß tritt jedoch die rechtliche Zuständigkeit der Einberufung des Nationalrates durch Straßner und wies die Polizei an, das Zustandekommen der Sitzung zu verhindern.

Am Mittwochnachmittag wurde der Sitzungssaal von 40 Kriminalbeamten abgeperrt und den Abgeordneten und Journalisten der Zutritt verweigert. Ein Drittel der Abgeordneten, sieben Großdeutsche und etwa 60 bis 70 Sozialdemokraten, hatten sich jedoch bereits vor der polizeilichen Absperrung im Sitzungssaal eingefunden. Straßner eröffnete die Sitzung mit einer Erklärung, in der er seinen Standpunkt als vollkommen verfassungsgemäß darlegte und mitteilte, daß er den Staatsgerichtshof wegen der gewalttätigen Verhinderung der Sitzung anrufen werde. Hierauf schloß er die Sitzung und kündigte an, daß er die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einberufen werde.

Vor dem Parlament hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die mit großer Erregung die Vorgänge vor dem Hause beobachtete. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war ein großes Polizeiaufgebot eingeleitet. Alle öffentlichen Gebäude wurden von Doppelposten bewacht. Militär wurde in Bereitschaft gehalten.

Heimwehraufgebot in Tirol

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Rumpfanfrage der NSDAP und des steirischen Heimatschutzes an Dollfuß

Wien 15. März. Die österreichische Landesleitung der NSDAP und der unter der Führung des steirischen Heimatschutzes stehende deutsch-österreichische Heimatschutz veröffentlichten einen gemeinsamen Aufruf, in dem mitgeteilt wird, sie seien übereingekommen, im Falle eines verfassungswidrigen gewalttätigen Vorgehens der Sozialregierung dieser mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die NSDAP und der deutsch-österreich. Heimatschutz seien der festen Überzeugung, daß derartige Aktionen der Regierung Dollfuß Österreich vom gesamten deutschen Volk entfernen und so stark in fremde Abhängigkeit bringen würden, daß eine Heimkehr ins Mutterland auf Jahrzehnte versperrt wäre.

In einer Verlautbarung der österreichischen Landespressstelle der NSDAP wird festgestellt, daß die NSDAP gar nicht daran denke, eine wie immer geartete Aktion des Starhembergischen Heimatschutzes oder der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgeben sei und daß von sozialdemokratischer Seite die Injizierung eines Generalstreiks geplant werde. Daraufhin hat die Regierung sofort Polizei und Militär aufgeben und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Um 4 Uhr früh wurde daher die Heimatwehr alarmiert und ist in Bereitschaft. Die Heimatwehr erhält fortgesetzt Zugang vom Lande. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

Im Oberösterreichischen Landtag wurde eine Vertrauensabstimmung für die Regierung Dollfuß angenommen, während der Niederösterreichische Landtag mit 28 gegen 27 Stimmen gegen die Regierungsmaßnahmen Protest erhob.

Hitler wieder in Berlin

Entscheidende Besprechung mit dem Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 16. März.

Reichskanzler Adolf Hitler ist am Mittwochvormittag von seiner kurzen Reise nach Süddeutschland wieder in Berlin eingetroffen. Sein Münchener Aufenthalt dürfte in erster Linie der Regelung wichtiger Aufgaben innerhalb seiner Bewegung, die durch die Regierungsgeschäfte in der letzten Zeit naturgemäß in den Hintergrund treten mußten, gegolten haben. Gleich nach seiner Ankunft in Berlin hat der Kanzler die Arbeit in der Reichskanzlei wieder aufgenommen.

Die wichtigste Besprechung vor der Kabinettsitzung am Nachmittag war eine neue Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luthar. Die Besprechung galt wiederum der Anpassung der Reichsbankpolitik an die großen Aufgaben, die sich die Regierung gestellt hat.

Im weiteren Verlaufe des Tages hat der Kanzler noch den Ersten Bürgermeister von Hamburg, Krogermann, und den Reichskommissar für Sachsen, von Killinger, empfangen. Wie verlautet, wird der Reichskanzler bereits am Sonnabend wieder in München sein, um sich an den Verhandlungen über die Bildung einer bayerischen Regierung zu beteiligen, die bis zu seiner Rückkehr nach München ruhen.

Fractionsitzungen im Reichstag

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Reichstages ist zu ihrer ersten Sitzung zusammenberufen worden, und zwar zu Montag, den 20. März. Ebenfalls am Montag, den 20. März, tritt im Reichstag vormittags der Vorstand der Zentrumsfraktion, nachmittags die Zentrumsfraktion selbst zur ersten Sitzung zusammen. Die gleichfalls für den kommenden Montag anberaumte erste Sitzung der deutschen Reichstagsfraktion findet nicht im Reichstagsgebäude statt, sondern in den Räumen des Palais-Hotels in Potsdam.

Regierungsbildung in Preußen

Wahl des Ministerpräsidenten am 23. März.

Berlin, 16. März.

Die am Mittwoch, den 22. März, 15 Uhr, beginnende Eröffnungssitzung des preußischen Landtages wird diesmal entgegen den bisherigen Gepflogenheiten nicht nur die Konstituierung des Landtages bringen, vielmehr ist in dieser Sitzung mit der Wahl des Präsidiums zu rechnen, an dessen Spitze wiederum Präsident Kerl stehen wird.

Mit der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten rechnet man in parlamentarischen Kreisen allgemein bereits für die zweite Sitzung des Landtages, am Donnerstag, den 23. März.

Vorausichtlich wird der Landtag in seiner Eröffnungssitzung auch eine einstweilige Geschäftsordnung beschließen, in der die für die Geschäftsführung des Hauses unbedingt erforderlichen Bestimmungen enthalten sein werden.

Zurücknahme der Klage?

Die Mitglieder der Regierung Braun übergeben der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

„Um die Rückkehr zu normalen Zuständen zu erleichtern, beabsichtigen die preußischen Staatsminister, von einer Weiterverfolgung ihrer Klage auf Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl vor dem Staatsgerichtshof abzusehen, sobald die Neubildung der Regierung durch den Landtag verfassungsgemäß erfolgt ist.“

Braun lehnt seine Mandate ab

Wie verlautet, hat der frühere preußische Ministerpräsident Braun in einem aus Ascona (Schweiz) datierten Schreiben der Reichstagsverwaltung mitgeteilt, daß er das ihm zugewiesene Reichstagsmandat ablehnt. Eine entsprechende Mitteilung hat Braun auch an das Büro des preußischen Landtags hinsichtlich seines Landtagsmandats gerichtet.

Liebfnecht-Haus enteignet

Im Reichsanzeiger ist eine Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten von Loeckow erschienen, mit der die kürzlich verfügte Übernahme des Karl-Liebfnecht-Hauses durch den preußischen Staat als abgeschlossen gelten kann. Die Bekanntmachung, die vom 12. März datiert ist, lautet:

„Zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zur Abwehr auch in Zukunft zu erwartender kommunistischer Umtriebe wird das Grundstück Berlin C 25, kleine Alexanderstraße 28, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Mitte — Abteilung 121 —, Königsplatz 112, Bl. 5239 (Karl-Liebfnecht-Haus) — Eigentümerin: Bürohans Vulkan-Gesellschaft mit beschränkter Haftung — gemäß § 14 PVO. in Verbindung mit § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 zugunsten des Freistaats Preußen enteignet.“

Auf Grund derselben Bestimmungen geht auch das Eigentum an den auf dem Grundstück befindlichen beweglichen Gegenständen auf den Freistaat Preußen über.“

Vier Engländer in Rußland verhaftet

London, 16. März.

Baldwin teilte im Unterhause mit, daß in Moskau neuerdings wieder vier britische Staatsangehörige unter der Beschuldigung verhaftet worden sind, Saboteure an Generatoren verübt zu haben. Der britische Botschafter in Moskau sei bereits im russischen Auswärtigen Amt vorstellig geworden.

Neubau des Staates

Berlin, 16. März.

Die Beflaggung der öffentlichen Gebäude ist beendet. In feierlicher Form wurden in der Reichshauptstadt in Anwesenheit von Abteilungen der SA, der SS, des Stahlhelm und der Schutzpolizei die schwarz-weiß-rote Fahnen auf dem Gebäude des preußischen Innenministeriums unter den Linden wieder eingeholt. Zuvor hatte Reichspräsident von Hindenburg in Fortführung der vorläufigen Regelung der Flaggenfrage unter Gegenzeichnung des Kanzlers und des Reichswehrministers noch eine Neuordnung der Bestimmungen über die Reichsflagge vorgenommen, mit der der schwarz-rot-goldene Haken aus der Reichsflagge wieder entfernt worden ist. Gleichzeitig haben die Soldaten der Wehrmacht wieder eine schwarz-weiß-rote Kofarde erhalten.

Aus Anlaß dieser Maßnahmen hat Reichspräsident von Hindenburg einen Erlaß an die Wehrmacht gerichtet, in dem es heißt, die Aenderung der Reichsflagge und die Einführung der alten schwarz-weiß-rot-ten Kofarde solle der inneren Verbundenheit der Wehrmacht mit den wiedererlangten nationalen Volkstrachten einen sichtbaren Ausdruck geben und dem Volke stets vor Augen führen, daß eine bessere Zukunft nicht ohne den Willen zur Verteidigung der Heimat errungen werden kann.

Politisch ist damit die Flaggenfrage, die seit dem Umsturz von 1918 das deutsche Volk in zwei feindliche Heerlager geteilt hat, entschieden. Es wehen wieder die Fahnen über Deutschland, unter denen der deutsche Name einst Weltgeltung erlangt hat. Daß der Reichstag die Maßnahmen des Reichspräsidenten von Hindenburg bestätigen wird, gilt in politischen Kreisen als sicher. Möge nunmehr nach und nach alles verschwinden, was das deutsche Volk trennt und sich eine noch breitere nationale Front herausbilden, in der alle miteinander wetteifern, um Deutschland wieder groß und glücklich zu machen.

Wie Reichsminister Dr. Goebbels, der im Kabinett Hitler die Volksaufklärung übernommen hat, bei einem Empfang der deutschen Presse ausgeführt hat, sieht die Reichsregierung ihre Aufgabe mit der Erämpfung einer 52prozentigen parlamentarischen Mehrheit nicht als erfüllt an, sondern sie ist entschlossen, auch die übrigen 48 Prozent für sich zu gewinnen. Eine solche Zielsetzung ist nur zu begrüßen. Wie im Kriege die Truppe nur dann große Leistungen vollbringen konnte, wenn ein Geist Führer und Soldat befehlte, so kann auch das harte Werk des deutschen Wiederaufbaues nur dann gelingen, wenn Regierung und Volk gemeinsam vorgehen und jeder zu seinem Teile und in seinem Kreise dafür sorgt, daß es im politischen und wirtschaftlichen Leben lauter zugeht und eine Spekulation des Auslandes auf innerdeutsche Gegensätze, wie sie sich in verschiedenen Zeiten der deutschen Geschichte so unheilvoll bemerkbar gemacht haben, gar nicht erst aufkommt.

Bergehen wir nicht, daß der graue Alltag das deutsche Volk vor Aufgaben von größter Schwierigkeit stellt. Noch sind die Diktate Wirklichkeit, die in der Stunde der Not der deutschen Nation von wahnwitzigen Kriegsgewinnlern aufgezungen worden sind, noch steht das Heer der Erwerbslosen auf den Straßen, noch bedrücken schwere Steuerlasten das wirtschaftliche Leben. Freilich fehlt es auch nicht an lichtvollen Aussichten. Nach den letzten Berichten der Arbeitsämter zeigt die Kurve der Arbeitslosigkeit wieder nach unten, die Reichsbahn hat die Wiederaufnahme der Erneuerungsarbeiten an dem Bahnkörper beschlossen und so etwa 90 000 Erwerbslosen wieder Arbeit und Brot beschafft, weiter sind die Vorarbeiten für die öffentliche Arbeitsbeschaffung beschleunigt worden, so daß auch von dieser Seite her eine Erleichterung des Arbeitsmarktes zu erwarten ist. Gleichzeitig erwägt die Reichsregierung wirtschaftliche Maßnahmen, die die Steuerlast zu vermindern geeignet sind oder sonst der wirtschaftlichen Tätigkeit neuen Auftrieb geben können.

Reichskanzler Hitler, der während des Wochenendes in München weilte, hat sogleich nach seiner Rückkehr nach Berlin seine Arbeit wieder aufgenommen. Für den Erfolg dieser Arbeiten ist von erheblicher Bedeutung, daß nunmehr auch eine Anpassung der Reichsbankpolitik an die Aufgaben erreicht wird, die jetzt gelöst werden müssen. Zu diesem Zweck hatte der Reichskanzler bereits mehrere Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luthar, der nun eine neue nach der Rückkehr des Kanzlers aus München gefolgt ist.

Gleichzeitig sind die Vorarbeiten für die Eröffnung des Reichstages und des Preußischen Landtages zu erledigen. Zu einem Teil liegt diese Arbeit auch den Fraktionen ob, die sich am Montag zu ihrer konstituierenden Sitzung versammeln werden. Was den Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche betrifft, soll das genaue Programm dieser Feierlichkeiten am Sonnabend verkündet werden. Wie man aber bereits heute hört, beginnt der Staatsakt um 10.30 Uhr mit einem Gottesdienst für die Abgeordneten. Danach begeben sich Regierung und Abgeordnete in geschlossenen Zügen unter feierlichem Glockengeläut aller Potsdamer Kirchen in die Garnisonkirche. In den Straßen zur Garnisonkirche wird Spalier gebildet. Der Staatsakt, der um 12 Uhr beginnt, wird durch die Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten eingeleitet werden. Der Reichspräsident erteilt das Wort dann dem Reichskanzler zur Regierungserklärung. Der Staatsakt wird von Kirchenmusik umrahmt. Im Anschluß daran legt dann der Reichspräsident zwischen den Sarkophagen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen in den Gemälden der Garnisonkirche einen Kranz nieder. Anschließend schreitet der Reichspräsident vor der Kirche die Front der Ehrenkompanie ab. Darauf folgt zum Schluß der Vorbeimarsch der Ehrenkompanie vor dem Reichspräsidenten.

Seine sachliche Arbeit wird der neue Reichstag alsdann in Berlin aufnehmen. Wollen die Abgeordneten in diesem Verhandlungsabschnitt das Mandat wahrnehmen, das ihnen am 5. März übertragen worden ist, dann muß ihre Arbeit beherzigt sein von dem Willen zur Mitarbeit am Neubau des deutschen Staatswesens.

Am Seberings und Grimmes Pässe

In Kreisen, die der bisherigen preußischen Regierung Braun nahestehen, wird mitgeteilt, daß bereits vor einiger Zeit der Polizeipräsident von Berlin die Pässe der früheren preußischen Minister Sebering und Grimme, die beide der Sozialdemokratischen Partei angehören, zur Überprüfung eingefordert habe. Sebering und Grimme hätten darauf ihre Pässe dem Herrn Reichspräsidenten zu treuen Händen überliefert.

MacDonald fährt nach Rom

Am nächsten Sonntag Besprechung mit Mussolini.
Genf, 16. März.

Nach einer Meldung des Reuterbüros gilt es als sehr wahrscheinlich, daß der englische Ministerpräsident MacDonald am Sonntagabend, den 18. März, zu einer Unterredung mit Mussolini nach Rom fahren wird.

Von maßgebender englischer Seite werden zu dem am Donnerstag angekündigten englischen Abkommensentwurf folgende Mitteilungen gemacht: die Abrüstung kann nicht als Sondermaßnahme behandelt werden, sondern es muß eine Gesamtlösung angestrebt werden unter Berücksichtigung des gesamten politischen Hintergrundes. Man befindet sich gegenwärtig in einem Ubergangsstadium. Darum können augenblicklich nur Ubergangslösungen in Betracht kommen (?). Mehrheit- oder Minderheitsabkommen müssen gegenwärtig völlig ausgeschlossen werden, da sonst Europa in zwei Teile geteilt würde. Die Regelung der Abrüstungsfrage ist von entscheidender Bedeutung für die kommende Weltwirtschaftskonferenz.

Die amtliche Mitteilung über MacDonalds Besuch in Rom.

— Rom, 16. März. Ueber den Besuch MacDonalds in Italien wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Außenministers von England in Genf hat eine Begegnung zwischen ihnen und dem Chef der italienischen Regierung als erwünscht erscheinen lassen. Daher hat der Chef der Regierung eine herzliche Einladung an MacDonald und Sir John Simon ergehen lassen, vor ihrer Rückkehr nach England noch nach Rom zu kommen. Die englischen Minister freuen sich, der Aufforderung nachzukommen und haben die Absicht, Freitag nacht von Genf nach Rom abzureisen.

Nadolny von MacDonalds Abrüstungsplan unterrichtet.

Genf, 15. März. Zwischen dem englischen Außenminister Simon und dem Botschafter Nadolny fand am Mittwoch abds. eine eineinhalbstündige Unterredung statt, über die vereinbarungsgemäß keine näheren Angaben gemacht werden. Es wird lediglich mitgeteilt, daß Botschafter Nadolny vom englischen Außenminister über die Grundzüge des englischen Abrüstungsabkommensentwurfes unterrichtet worden ist, den MacDonald am Donnerstag der Konferenz vorlegen wird. Der Plan ist gegenwärtig in den Einzelheiten noch nicht ausgearbeitet und wird erst in den Nachmittagsstunden und am Donnerstag vormittag endgültig fertiggestellt werden, so daß er den einzelnen Delegationen erst in der Sitzung selbst in einer Rede MacDonalds vorgelegt wird.

Durch das Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten Daladier am Donnerstag vormittag wird den Verhandlungen des morgigen Tages erhöhte Bedeutung beigemessen. Man sieht darum der Nachmittagsitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz mit großer Spannung entgegen.

Polen hat keine Luft

Noch immer keine Zurückziehung der polnischen Truppen von der Westerplatte.

Genf, 15. März. Die polnische Abordnung hat auf die verschiedenen offiziellen Anfragen wegen der Zurückziehung der polnischen Truppen von der Westerplatte bisher lediglich mitgeteilt, daß die Zurückziehung „bald“ erfolgen werde. Es besteht nunmehr die ernsthafte Absicht, am Donnerstag nachmittag eine dringende außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates einzuberufen, um zu der durch die polnische Haltung geschaffenen ernsten Lage

Stellung zu nehmen. Wie verlautet, beabsichtigt der englische Außenminister als Berichterstatter für die Danziger Fragen im Rat am Donnerstag früh die schriftliche Anfrage an den polnischen Außenminister zu richten, ob die vereinbarte Zurückziehung der Truppen erfolgt sei. Falls bis Donnerstag vormittag der Befehl zur Zurückziehung der Truppen nicht erfolgt ist, will man der polnischen Regierung eine Frist von wenigen Stunden setzen. Andernfalls soll der Völkerbundsrat unverzüglich zusammentreten.

Goebbels vor der Presse

Die Aufgaben des Propagandaministeriums.

Berlin, 16. März.

Reichsminister Dr. Goebbels sprach vor der deutschen Presse über die Aufgaben des neugeschaffenen Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Einleitend erklärte der Minister: Das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda sei die Verbindungsstelle zwischen Regierung und Volk. Es werde den lebendigen Kontakt herstellen zwischen der nationalen Regierung als der Ausdrucksform des Volkswillens und dem Volke selbst.

Als wichtigste Aufgabe des Ministeriums bezeichnete Dr. Goebbels es, alle propagandistischen Unternehmungen, alle volksaufklärerischen Institutionen des Reiches und der Länder in einer zentralen Hand zu vereinigen und diesen Einrichtungen einen modernen Impuls einzuhäuschen.

Aufgabe der staatlichen Propaganda sei es, komplizierte Gedankengänge so zu vereinfachen, daß auch der Mann auf der Straße die Gedankengänge verstehe. Die Arbeit des Ministeriums werde sich auf innenpolitische, wirtschaftspolitische, sozialpolitische und außenpolitische Gebiete erstrecken, auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Die Regierung der nationalen Revolution habe nicht die Absicht, das Volk über den grauenregenden Zustand, in dem es alle Verwaltungsgebiete vorgefunden habe, zu belügen. Es werde auch bei der Sanierung nicht vor unpopulären Maßnahmen zurücktreten.

Das neue Ministerium umfasse folgende fünf Abteilungen: Rundfunk, Presse, aktive Propaganda, Film, Theater und Volkserziehung.

Dr. Goebbels erläuterte im einzelnen die Aufgaben jeder Abteilung. Dem Rundfunk solle ein modernes Tempo gegeben werden. Der Rundfunk solle dem Zeitgeist Rechnung tragen, jede Mädelerei solle aus ihm vertrieben werden. Er solle sich aber seiner großen nationalen Verantwortung bewußt sein und den Hörer an den großen Geschehnissen der Nation teilnehmen lassen. Ein nationales Ereignis wie die Eröffnung des neuen Reichstags dürfe dem Hörer nicht vorenthalten werden. Der Rundfunk solle auch deutsche Kunst, deutsche Wissenschaft und deutsche Musik pflegen, nicht nur Vergangenes, sondern auch alle Dinge, die eine Zukunft in sich tragen.

Den Aufgaben der Abteilung Presse sich zuwendend, erklärte der Minister, er sehe in einem Verbot keinen normalen und auch keinen idealen Zustand. Die Presse müsse der Regierung helfen, sie solle auch die Regierung kritisieren dürfen. Sie dürfe aber nicht kritisieren, um der Regierung das Volk aus der Hand zu schlagen. Die Presse dürfe nicht nur informieren, sondern müsse auch instruieren. Die nationale Presse sei ein Klavier, auf dem die Regierung spiele, ein ungeheuer wichtiges und bedeutungsvolles Massenbeeinflussungsinstrument, dessen sich die Regierung in ihrer verantwortungsvollen Arbeit bedienen müsse. Er selbst betradte sich als obersten Verbindungsmann zwischen Regierung und Presse und werde es sich angelegen sein lassen, diese Verbindung niemals abreißen zu lassen. Wenn die Presse an der Regierung etwas auszuheben habe, so müsse sie das in einer Form und einem Ton vorbringen, daß sie den Feinden der Regierung im In- und Auslande keine Möglichkeit gebe, sie zu zitiieren und damit etwas zu sagen, was gegnerische Zeitungen nicht sagen dürften, ohne ein Verbot zu riskieren. Selbstverständlich solle die Presse Informationen bekommen, aber sie solle auch Instruktionen bekommen. Sie solle nicht nur erfahren, was los sei, sie soll auch wissen, wie die Regierung darüber denke und wie sie

das am zweckmäßigsten dem Volke klarmachen könne. Die Presse müsse also mit der Regierung und die Regierung mit der Presse zusammenarbeiten.

Auf dem Gebiete der aktiven Propaganda müßten die fähigsten Köpfe herangezogen und die modernsten Mittel in Anspruch genommen werden, um Massenbeeinflussung zu betreiben. Das Wesen der Propaganda sei Einfachheit, Wucht und Konzentration.

Die Gebiete von Theater und Film habe das neue Ministerium nur insofern zu behandeln, als dabei Reichsinteressen vorlägen. Auf die Dauer sei es unerträglich, in einer Zeit größter revolutionärer Umwälzungen, wenn Theater und Film nicht die Möglichkeit hätten, diese umwälzenden Ereignisse auch künstlerisch zu fassen.

Die Abteilung Volkserziehung habe die Aufgabe, einheitlichen nationalen Geist ins Volk hineinzutragen, sozusagen das Fundament der neuen nationalen Regierung. Das Volk müsse anfangen, einheitlich zu denken, einheitlich zu reagieren und sich der Regierung mit seiner ganzen Sympathie zur Verfügung stellen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß eine Regierung, die in 14 Tagen das Problem der Reichsreform durchgehe, habe nicht am Ende vor der Presse kapitulieren werde, sie wüßte aber nicht täglichen Kampf und sich immer wiederholende Verbote, sondern vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er verspreche, daß er auch die Rechte der Presse überall und immer vertreten werde, aber nur unter der Bedingung, daß die Presse das Recht der Regierung und das Recht des deutschen Volkes vertrete.

Neue Umsturz Bewegung in Spanien?

— Madrid, 15. März. Wie die Madrider Abendzeitung „Boz“ aus Barcelona meldet, wird eine neue Umsturz Bewegung mit dem Endziel einer Diktatur in ganz Spanien vorbereitet. In Catalonien würden bereits Waffen an die Anarchisten verteilt. Die Umsturz Bewegung setze sich aus den verschiedenartigsten Elementen zusammen.

Bücher und Zeitschriften.

„Das Rätsel von Konnersreuth“. Im Anschluß an die Mitteilung in der vorigen Nummer über die Feststellungen Dr. Paul Lechlers in der Frage der Stigmatisierung machen wir darauf aufmerksam, daß Dr. Lechler eine kleine Schrift darüber herausgegeben hat, die bei der Buchhandlung der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland in Elberfeld erschienen ist, die 90 Pfg. kostet und auch durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel bezogen werden kann. Die Schrift gibt ein klares Bild von den Vorgängen und Erfahrungen, wie sie sich unter dem jachmannischen Auge des Arztes vollzogen haben.

Ein neues Buch in Blindenschrift. Die Marburger Blindenstudienanstalt veröffentlicht soeben in Blindendruck in ihrer Monatschrift „Die Umschau“ das Buch von Gertrud Funderer „Stiefkinder des Schicksals“. Der Verlag J. F. Vohmann in München hat das Wiedergaberecht dem Blindeninstitut kostenlos überlassen. Die Buchausgabe kostet geh. Mk. 3.—, gebd. Mk. 4.—. Hier wird an 20 Lebensbildern in anschaulichster Weise gezeigt, wie solche Stiefkinder des Schicksals, die teils blind, teils taub, teils verkrüppelt oder sonstwie körperlich benachteiligt waren, trotz ihrer schweren Schädigungen das Schicksal meisterten und trotz körperlichen Schwächen Hervorragendes leisteten. Das Buch ist eine Bejahung des Lebenswillens.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schiefelach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Empfehlenswerte Bücher

Werns,	500 Entwürfe zu biblischen Ansprachen	
	2. Auflage. (8) S. in Ganzl. f. geb. 4,35 RM	
	Lehrbuch f. Neutest. Griechisch	6,00 "
Witt,	Der ewig reiche Gott, 3 Bde. in Halbl. 16,20 "	
	Ueber 2000 Beispiele! Sehr wertvoll für Reichsgottesarbeiter!	
Gauer,	Zweck und Ziel der Menschenschöpfung	3,00 "
	br. 1,80 RM	
Eva v.		
L. Winkler,	Nichts Unmöglich! 357 Seiten.	6,00 "
Pierßen,	Niemals enttäuscht! G. Müllers Leben.	4,50 "
Better,	Naturglauben und Christentum. Halbl.	2,50 "
Flägel,	Reichfreie aus Ausland. 6. Auflage.	1,50 "
	In immer neuen Auflagen erscheinen diese Notizhefte bis die erhoffte Hilfe endlich erschienen ist!	
Peters,	Wir fordern Arbeit und Brot	2,70 "
	br. 1,80	

Zu beziehen durch

Buchhandlg. W. Gauer, Wiedenest, Bez. Köln



BETTFEDERN

1 Pfd. graue 0.50 M., halbweiße 1.25 M., weiße 1.90 M., Spezialität 2.25 M. u. 2.70 M. Landrupfmischung 4.90 M., graue Daunen 5.50 M., weiße Daunen 6.50 M. u. 7.20 M. Oberbetten 14.— M., Kissen 4.50 M. Muster u. Preisliste umsonst. Von M. 20.— an franko. Nichtpassendes — Geld zurück.

Josef Christl Nachfolger, Cham 315 (Bayern)

Freude ins Haus

bringt ein **Photo-Apparat!**

Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung

Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Magd. v. Ziling

spricht im Rundfunk über Mann und Frau im Staate

Ihre glänzend rezensierten Broschüren:

1. Vom Sinn der Ordnungen des menschlichen Lebens
2. Ehe und Familie

sind im

Gnadauer Verlag, Bethel b. Bielefeld

Postfachkonto Hannover Nr. 49370, verlegt und werden nach Einsendung von 1.— sofort zugestellt.

Th. Petzold's Tropfen

das allerproble, viel tausendmal bewährte Mittel bei Asthma, Husten, Blutspucken.

Originalpackung mit Bild. Preis 1,80 Mk.

Zu haben in den Apotheken.

Alleinhersteller: **Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg**

Gustav Vinnen, Bielefeld

Einige jg. Mädchen sind, wied. vom 1. April od. 1. Mai bis 1. Okt. Aufn. z. Erl. von Küche, Haushalt, Landwirtschaft, Garten, Geflügelz., Einmach. fast aller Früchte und Gemüse. Lebrg. 50 Mt. monatl., tabellose Verpf., Domäne, großer Ausflugsort. 70 Morg. Fr. Volte Väter, Rheintal Grafenwerth bei Honnef.

Junger Mann aus Christl. Spille sucht zu sofort oder später

Stellung

als Bäder- od. Konditorgehilfe. Angebote unter A 3170 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Moderne

AUGENOPTIK

Lieferant sämtlicher Krankenkassen

ERNST MÜNCH, OPTIKER

Brackwede * Ruf 2426

Bethel.

— Heute, Donnerstag, 8 Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

— Bernsteinanhänger verloren. Anzeigen.

Bitte abzugeben im Pförtnerhaus.

Anzeigen aus Bethel.

— Ein 7 Wochen alter Schäferhund mit Abstammungsnachweisen abzugeben. Morija.